

Sascha Lobo sorgt für allgemeine Verunsicherung - auch bei mir

Deutschlands führender Internet-Erklärer Sascha Lobo, der mit der Frisur, schreibt viel Erhellendes und Kluges, wenn er sich nicht gerade an Donald Trump abarbeitet. In seiner aktuellen SPON-Kolumne berichtet er über eine Erfindung von Wissenschaftlern der Carnegie University aus dem März 2015. Damit kann man die Iris einer Person aus zwölf Metern Entfernung scannen, ohne dass die betreffende Person es bemerkt. Wahnsinn, oder? Die steile These von Herrn Lobo: In fünf Jahren werden unsere Gesichter selbst die Personalausweise sein.

Ich weiß von den technischen Möglichkeiten nicht einmal ansatzweise so viel wie der SPON-Kollege, aber seine Gedanken zu diesem Thema sind beunruhigend. Die Zeiten, wo Polizeibeamte in großen Räumen voller Bildschirme, mit Kaffee-Pappbechern bewaffnet, ihre Mitmenschen in Stadtzentren beobachten, neigen sich dem Ende zu. Die Entwicklung läuft unaufhaltsam auf eine automatisierte, inhaltliche Auswertung von Bildern und Filmen hinaus. Und auf die automatisierte Mustererkennung menschlicher Verhaltensweisen. Lobos weitere Schlussfolgerung: „Die Kameras sind die Spitze eines umfassenden, intelligenten Überwachungssystems für mehr gesellschaftliche Kontrolle – Kontrolle auch über Sie.“

Faszinierend...so würde Mr. Spock aus der unvergessenen TV-Serie vom Raumschiff Enterprise jetzt sagen und eine Augenbraue hochziehen. Leser meiner Beiträge wissen, dass ich die staatliche Überwachung des öffentlichen Raumes wenig beängstigend finde. Koks-Dealer in Kreuzberg müssen sie fürchten, nach Frauen grapschende „Nafis“ auch, Handtaschendiebe sowieso. Aber Sie und ich? Wir begehen keine Straftaten im öffentlichen Raum – und hoffentlich auch sonst nicht. Nicht nur in Deutschland wurden versuchte Terroranschläge aufgeklärt, Täter ermittelt und hinter Schloss und Riegel gebracht – durch Videoüberwachung. Warum sollen also nicht Polizisten vor Videobildschirmen oder demnächst Computersysteme dabei zusehen, wenn ich durch die Fußgängerzone von Gummersbach gehe, um in einer Apotheke Aspirin zu kaufen? Sollen sie doch zuschauen, sollen sie mich doch dabei scannen. Das ist mir der Zugewinn an öffentlicher Sicherheit wert. Und – das belegen Umfragen in Deutschland auch – die große Mehrheit unserer Bevölkerung sieht das ebenso. Deutschlands Problem Nummer 1 derzeit ist die zunehmend fragile Sicherheit, nicht ein paar Kameras im Zentrum von Bielefeld.

Lobo wird mich für diese Haltung als naiv betrachten, denn er denkt an die Zukunft, an die Weiterentwicklung der Technik. Und an die Frage: Was, wenn sich die Verhältnisse in Deutschland mal grundsätzlich ändern? Wenn der Rechtsstaat versagt? Wenn böse Buben an die Schalthebel der Macht kommen und Schindluder mit den gewonnenen Daten treiben. Ist das auszuschließen? Ich fürchte nicht...

Amnesty International setzt heute die falschen Prioritäten

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (ai) hat sich in den Jahrzehnten ihres Bestehens viele Verdienste erworben. 1961 wurde die weltweit aktive NGO (Nichtregierungsorganisation) in London von dem englischen Rechtsanwalt Peter Beneson gegründet. Bewegt durch Medienberichte über die Verfolgung politisch Andersdenkender und Folter im Auftrag von Regierungen, beschloss er, etwas zu unternehmen. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen war dabei sein Leitmotiv.

Fortan führte ai weltweit Kampagnen, als in Chile unter Pinochet und in Syrien unter Assad gefoltert wurde, gegen das Apartheidsregime in Südafrika und gegen die Archipel Gulags in der ehemaligen Sowjetunion. Neben vielen anderen Preisen wurde amnesty 1977 zu recht mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Als heute Morgen die Agenturmeldung vom neu erschienenen Jahresbericht dieser Organisation die Redaktion erreichte, war unser erster Impuls: das nehmen wir mit, das muss auf die Startseite von *TheGermanZ*. Und dann lasen wir, was nach Meinung von amnesty die wichtigsten Menschenrechtsverletzungen auf dem Planeten sind.

Unter der Überschrift „Die Welt ist finsterer geworden“ werden nicht etwa die Konzentrationslager in Nordkorea oder der Genozid in Teilen von Afrika an erster Stelle angeprangert, sondern „eine zunehmende Aushöhlung der Menschenrechte in den USA und Europa“. Die Wahl von Donald Trump zum neuen US-Präsidenten sei ganz schlimm wegen der „vergifteten Wahlkampfrethorik“. Und der „böartigste Angriff“ auf die Menschenrechte bestehe darin, dass Politiker „die Anderen“ für soziale Probleme verantwortlich machten. Auch Deutschland kommt nicht gut weg. Die „Verschärfung des Asylrechts und mangelnde Maßnahmen gegen Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte“, das sind anscheinend die großen Probleme dieser Welt, wenn es um die Menschenrechte geht. Nicht diejenigen, die in modrigen Kellern Menschen mit Stromstößen in die Genitalien zu Tode quälen, nicht Staaten, die Krieg gegen Volksgruppen führen, in dem sie massenhaft Frauen vergewaltigen lassen. Nicht die, die politische Gegner einfach morgens mal in den Kopf schießen, um sie mundtot zu machen. Oder doch, ja, die erwähnt man natürlich auch. Irgendwie muss man ja alle erwähnen, wenn man einen globalen Bericht veröffentlicht. Aber zur Glaubwürdigkeit dieser einst so furchtlosen und unverzichtbaren Organisation trägt die politische Manipulation durch derartige Gewichtung der Probleme dieser Welt ganz sicher nicht bei. Die Agenturmeldung haben wir beiseite gelegt.

Spitzenkandidat Armin Laschet: Mit einer unruhigen Partei lässt sich nicht gut wahlkämpfen

NRW.jetzt

Lehrstunde für Politiker: Wie unser Staat mit Angehörigen von Opfern umgeht

Bundespräsident Joachim Gauck und Bundesinnenminister Thomas de Maizière haben sich am vergangenen Freitag mit 50 Angehörigen der Terroropfer vom Berliner Breitscheidplatz getroffen und ihnen ihr Beileid ausgesprochen. Der „Tagesspiegel“ berichtet über die Begegnung, dass die beiden hohen Repräsentanten des Staates „fassungslos“ gewesen seien, was ihnen ihre Bürger über persönliche Erlebnisse in den Tagen danach zu berichten hatten. So seien die Angehörigen bis zu drei Tage durch Berliner Krankenhäuser geirrt, um endlich zu erfahren, ob Verwandte unter den Opfern waren. Auch seien Angehörige von Sicherheitskräften daran gehindert worden, am Trauergottesdienst in der Gedächtniskirche teilzunehmen mit der Begründung, es seien „hochkarätige Politiker in der Kirche“.

Der Höhepunkt sei dann ein Schreiben des Landes Berlin gewesen. Dabei habe es sich nicht um ein Beileidsschreiben des Regierenden Bürgermeisters gehandelt, sondern um eine Rechnung der Gerichtsmedizin mit der Aufforderung, innerhalb der gesetzten Frist zu zahlen; ansonsten werde ein Inkassounternehmen das Geld eintreiben.

Linke interessieren sich für Machtpolitik, Bürgerliche eher nicht

Eine aktuelle Meinungsumfrage hat ergeben, dass eine deutliche Mehrheit der SPD-, Grünen- und Linke-Wähler dafür ist, das kommunale Wahlrecht so zu verändern, dass Nicht-EU-Ausländer, die dauerhaft in Deutschland leben, an Kommunalwahlen aktiv teilnehmen dürfen. Das muss man wissen, wenn es in diesem Jahr wieder an die Wahlurnen geht.

Die gute Nachricht: 57,2 Prozent der Befragten insgesamt lehnen diese Idee klar ab. Bei der AfD sind es fast 97 Prozent, aber auch bei Union und FDP 65 Prozent. Die schlechte Nachricht: die linken Parteien interessieren sich für Politik, die bürgerlichen Parteien nur dafür, das Schlimmste zu verhindern. Wir

haben das oft erlebt. Findet eine blödsinnige Initiative von Links keine Mehrheit, bringt man sie zwei Jahre später wieder ein. Steter Tropfen höhlt den Stein. Irgendwann wird es dann mal eine Mehrheit geben, weil die Bürgerlichen es leid sind, immer wieder gegen den gleichen Unfug zu Felde zu gehen. Und hat sich die politische Linke in einem Punkt durchgesetzt, dürfen wir davon ausgehen, dass selbst bei einer wechselnden Mehrheit die Bürgerlichen das Rad nicht mehr zurückdrehen.

Als 2005 in Nordrhein-Westfalen nach Jahrzehnten eine bürgerliche Mehrheit aus CDU und FDP zustande kam, tauschte die neue Mehrheit in einer Landesverwaltung mit 330.000 Mitarbeitern rund 60 (in Worten: sechzig) politische Beamte aus. Großer Aufschrei linker Kommentatoren. Als ob für einen Politikwechsel ausreicht, dass man ein Dutzend Minister und ein paar Staatssekretäre neu besetzt. CDU und FDP übernahmen damals Pressesprecher mit SPD-Parteibuch, der Chef des Verfassungsschutzes – auch SPD-Mitglied – bleibt im Amt. Selbst eine Staatssekretärin der Sozialdemokraten durfte noch eine begrenzte Zeit im Amt bleiben.

Ich will niemandem von denen irgendetwas Schlechtes unterstellen. Ich bin sicher, dass sie eine ordentliche Arbeit abgeliefert haben. Aber wissen Sie, was fünf Jahre später passierte? Rot-Grün wurde wieder in die Verantwortung gewählt und sie schafften alles ab, was die Regierung Rüttgers auf den Weg gebracht hatte. Alles! Und da waren eine Menge guter Dinge darunter, von ernsthafter Sparpolitik über eine moderne Hochschulpolitik bis hin zu Reformen in der Schulpolitik. Alles weg! Nach Monaten war es so, als hätte es die fünf Jahre CDU/FDP an Rhein und Ruhr nie gegeben. Eine Episode. Ausgelöscht.

Ich würde mich freuen, diesen Abend mit Ihnen zu verbringen

Liebe Leserinnen und Leser,

ohne Sie alle hier gäbe es diesen Blog nicht. Ohne Sie gäbe es auch die Online-Tageszeitung *TheGermanZ* mit ihren Beibooten *bayern.jetzt* und *nrw.jetzt* nicht. Mehr als 15.000 Leser erreichen wir mit diesem medialen Geleitzug durchschnittlich an jedem Tag. Und das ist noch sehr lange nicht das Ende.

In der kommenden Woche erscheint mein neues Buch mit dem schönen Titel „Bürgerlich, christlich sucht...“. Ich erzähle darin von einem großartigen Land, das zunehmend auf einen falschen Kurs abdriftet. Von absurden tagtäglichen Ereignissen, die wir alle als gegeben hinnehmen, obwohl sie dennoch absurd sind. Von einer bürgerlichen Mitte, die träge geworden ist und den Fehlentwicklungen unserer Zeit lethargisch zuschaut. Und von mir, warum ich das denke, was ich denke, und warum ich noch immer nicht aufgegeben habe, für ein Deutschland zu kämpfen, das sich wieder auf seine Stärken besinnt.

Wo und wie sie das Buch kaufen können, wissen Sie selbst. Wenn Sie es lesen möchten, freue ich mich sehr darüber. *Bestellen können Sie es natürlich auch hier.* Einfach mail an mich schreiben!

Am Samstag, 11. März um 18 Uhr wird der Titel in *Krefeld* erstmals präsentiert – mit einem launigen Rahmenprogramm, mit klugen Beiträgen, Kabarett und Musik. Und zu trinken gibt es auch etwas.

So lange die Plätze reichen, sind Sie herzlich eingeladen, dabei zu sein. Der Eintritt ist frei, gute Launen müssen Sie selbst mitbringen.

Wenn Sie dabei sein möchten, schreiben Sie mir: kelle@denken-erwuenscht.com . Ich freue mich darauf, viele von Ihnen an diesem Abend zu sehen.

Mit herzlichen Grüßen,
Ihr Klaus Kelle

Der Verzicht auf Wettbewerb ist schlecht für eine Gesellschaft

Der Bayerische Lehrerverband hat eine Idee. Schulnoten, so die Präsidentin Simone Fleischmann, seien nicht hilfreich. Und deshalb solle man „überdenken“, ob es überhaupt noch Noten oder lieber eine „differenziertere und individuellere Leistungsbewertung“ geben solle. Und Fleischmann wird konkret: Lernentwicklungsgespräche sollen zukünftig Schulnoten ablösen. Gespräche seien motivierend für die Kinder, und der Lehrer können dem Schüler in einem solchen Gespräch „Kritisches viel besser“ vermitteln. Und in Presseberichten lese ich, dass der Bayerische Elternverband diese Überlegungen ebenfalls begrüßt.

Nun, wenn Profis etwas überdenken und Vorschläge machen, nehme ich das grundsätzlich ernst. Wir alle wollen das Beste für unsere Kinder, und die Diskussion um Motivation und Leistung sind so alt wie die Menschheit. Es gab vor einigen Monaten in Nordrhein-Westfalen eine Diskussion darüber, ob man die alljährlichen Bundesjugendspiele an den Schulen nicht abschaffen sollen. Weil Kinder, die dabei nicht so gut abschneiden, traurig sind. Und die von der damaligen NRW-Landesregierung Rüttgers eingeführten Kopfnoten, die Benehmen und soziale Kompetenz der Kinder bewerten sollten, wurden von Rot-Grün danach gleich wieder abgeschafft, weil es ja für die Lehrkräfte unzumutbar sei, sich mit jedem einzelnen Kind individuell auseinanderzusetzen.

Nichts gegen Lernentwicklungsgespräche an sich, es ist immer gut, wenn Schüler und Lehrer im Gespräch sind. Aber ein Verzicht auf Wettbewerb ist aus meiner Sicht kontraproduktiv. Das ganze Leben ist ein Wettbewerb. Nur wer sich im Wettbewerb mit anderen messen lässt, kann seine eigene

tatsächliche Leistungsfähigkeit einschätzen. Und erlebt einen Ansporn. Und wer nicht so gut ist, kann das auch als Ansporn verstehen. Und jeder Mensch erlebt Siege und Niederlagen, das ganze Leben lang. Soll nicht die Schule in erster Linie auf das Leben vorbereiten? Man verliert doch nicht nur in der Schule? Man kann auch Misserfolg im Beruf haben oder privat beim Werben um einen möglichen Beziehungspartner. Ich habe nichts gegen Gespräche in der Schule – am liebsten unter Einbeziehung der Eltern. Aber ist halt eine Gesellschaft, die in allen Bereichen immer weicher und lascher wird, für langfristig kaum lebensfähig.

Im *Münchner Merkur* wird heute der bildungspolitische Sprecher der SPD, Martin Güll, zitiert. Er sagt: „Für viele Kinder und Jugendliche ist der Zeugnistag oft beschämend, wenn sie schwarz auf weiß durch wenige Noten bestätigt bekommen, den Anforderungen in der Schule nicht zu genügen.“ Ja, aber wenn der Schüler den Anforderungen nicht genügt, warum um alles in der Welt soll man es ihm nicht mitteilen, damit er sich mehr anstrengt?

Deutschland und Europa müssen deutlich mehr für die Sicherheit tun

Zwischen den Vereinigten Staaten und Europa herrscht ein neuer Ton. Ein rauer Ton. Was Donald Trump im Wahlkampf angekündigt hat, bringt er in den ersten Wochen im Amt tatsächlich auf den Weg. Das ist bei der geplanten Mauer zu Mexiko so. Und das ist im Verhältnis zur Nato so.

US-Verteidigungsminister James Mattis, ein erfahrener früherer Nato-General, war gestern auf Antrittsbesuch bei den Kollegen in Brüssel. Und er redete nicht drumherum: Die europäischen Mitgliedsländer des westlichen Verteidigungsbündnisses haben zu lange ihre Selbstverpflichtung nicht ernst genommen, einen angemessenen Beitrag zur Verteidigung zu leisten. Es kann nicht sein, dass die USA 70 Prozent aller Kosten für die Nato bezahlt, in der Regel bei gefährlichen Einsätzen ihre Söhne und Töchter vorneweg in den Krieg schicken, und wenn die Schlacht geschlagen ist, kommen wir Europäer, um die Amerikaner zu belehren, was sie alles falsch gemacht haben. Diese Arbeitsteilung ist mit dem gestrigen Tag definitiv Vergangenheit.

Dass ausgerechnet die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen die neue Zeit mit klaren Aussagen unterstützt hat, finde ich erstaunlich und richtig. Ihr Verhalten und das Verhalten der Bundesregierung insgesamt nach dem Wahlsieg des ungeliebten Republikaners was beschämend. Insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, wem Berlin sonst so die Hände schüttelt auf der Welt. Doch gestern hat die deutsche Ministerin klare Worte gefunden. Europa muss selbst deutlich mehr tun für seine Verteidigung. Und Deutschland auch.

Müssen wir von den Spitzen unseres Staates nicht mehr erwarten als belanglose Inszenierungen?

Norbert Lammert ist ein Liebling der deutschen Feuilletons, und das ist für einen Politiker, zumal einen der CDU, wirklich erstaunlich. Lammert stammt aus Bochum, aus dem Ruhrgebiet. Der Menschenschlag dort gilt zurecht als direkt, als geradeaus. Im Revier wird nicht herumgeschwurbelt, da ist klare Kante angesagt. Und für klare Kante ist dieser Norbert Lammert seit langem bekannt. Wie oft konnte er stehende Ovationen aller Fraktionen des Bundestages entgegennehmen, wenn er wieder einmal allen im Hohen Haus aus der Seele gesprochen hatte. Wenn er ARD und ZDF dafür geißelte, dass sie zwar per Gesetz von Zwangabgaben üppigst leben und zur informationellen Grundversorgung verpflichtet sind, aber nicht übertragen, wenn das Parlament zu seiner ersten Sitzung der neuen Legislaturperiode zusammenkommt. Lammert, das ist einer, der kein Blatt vor den Mund nimmt. Und wenn Sie mich noch gestern gefragt hätten, wen ich persönlich mir heute als neuen Bundespräsidenten wünsche, ich hätte ohne Zögern Lammert genannt.

Doch das war gestern.

Heute hat der amtierende Bundestagspräsident vor den Wahlmännern und Wahlfrauen der Bundesversammlung eine selten dämliche – weil so belanglos und Mainstream – Rede gehalten, die anregt, grundsätzlich über unser politisches Spitzenpersonal nachzudenken. Lammert ist die Nummer 2 im Staate, die Nummer 1 ist nun Frank-Walter Steinmeier. Was erwarten wir als Bürger von denen? Irgendwas Wichtiges entscheiden können sie nicht, Ihre Kraft ist die Kraft des Wortes. Einem Bundespräsidenten oder einem Bundestagspräsidenten hört man zu, denn man nimmt an, dass er etwas Wichtiges zu sagen hat, das vielen Menschen Orientierung bietet. Er kürzlich wurden wir alle nochmal an die großartige „Ruck“-Rede von Roman Herzog erinnert – ein Musterbeispiel für eine kluge Rede eines deutschen Staatsoberhauptes.

Doch woran arbeitete sich Lammert heute ab? Genau! An Donald Trump.... Den nannte er nicht namentlich, aber es war unmissverständlich. „Wer Abschottung anstelle von Weltoffenheit fordert und sich sprichwörtlich einmauert“, wer ein „Wir zuerst“ zum Programm erkläre, dürfe sich nicht wundern, wenn es im andere gleich täten. Tolle Idee, oder? Ist noch keiner drauf gekommen. Also fast keiner, also eigentlich irgendwie alle. Ich wünsche mir von einem der führenden Gestalten unseres Landes, dass er mal gegen den Strich bürstet, dass er mal etwas Überraschendes sagt, über das die Leute nachdenken können. Aber Trump-Bashing vor den höchsten Repräsentanten Deutschlands bei der Wahl unseres neuen Staatsoberhauptes, das ist so platt und banal, dass ich es kaum fassen kann.

Wieso, lieber Herr Lammert, ist eigentlich das Konzept Abschottung negativ zu bewerten und das Konzept Massenflutung etwas Positives? Wieso ist der Wunsch eines Regierungschefs, sein Land und seine Bürger durch Grenzen und Mauern sicherer zu machen, verwerflich? Und eine deutsche

Regierungschefin, die unkontrolliert Menschen in unser Land durchwinkt, die hier schwerste Straftaten begehen so wie gestern im Münsterland der nigerianische [Asylbewerber](#), der eine 22-jährige Frau mit zahlreichen Messerstichen tötete, wird zur quasi Heiligen verklärt?

Wer definiert denn, was der richtige Weg ist? Und was hat Donald Trump bei der Wahl unseres neuen Bundespräsidenten zu suchen? Nachdem Norbert Lammert heute in den Chor derjenigen einstimmte, die den Überraschungssieger aus USA gefahrlos prügelte, erhoben sich die Abgeordneten von ihren Sitzen und spendeten stehenden Beifall. Auch die anwesende Bundeskanzlerin. Mir wurde übel bei dieser Inszenierung. Leider hatte ich keine Stoppuhr dabei, um prüfen zu können, ob auch lange genau geklatscht wurde...

Die Oberbefehlshaberin im Oldtimer

Der Rückflug gestaltete sich ein wenig holprig. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) besuchte in dieser Woche das deutsche Kontingent der Nato-Unterstützungstruppe in Litauen. Die 450 Bundeswehr-Soldaten werden sich gefreut haben, dass ihre Chefin mal vorbeischaut und erklärt, welchen Auftrag die Truppe übernehmen soll.

Als es dann zurückging, musste die Ministerin umsteigen. Der nagelneue und hochmoderne Airbus A 400 M hatte ein Ölleck im Triebwerk und konnte nicht starten. So trat vdL die Heimreise nach Deutschland an Bord einer alten Transall an.

Kann passieren, werden Sie jetzt denken. Ja, das kann passieren, wenn man nicht den Gesamtzusammenhang sieht. Wenn man nicht weiß, dass laut „Spiegel“ am 29. Januar ein Airbus der Luftwaffe mit zerborstener Cockpitscheibe ungeplant auf Zypern landen musste. Oder ein anderer, der einen Hubschrauber zum Kältetest bringen sollte, im schwedischen Luleå strandete. Wenn man nicht das Desaster um die 500-Millionen-Drohne und die Marinehubschrauber kennt, die nicht über große Wasserflächen fliegen können. Die Bundeswehr ist in einem beklagenswerten Zustand – nicht wegen ihrer Soldaten, sondern wegen der Unfähigkeit der politischen Führung, unsere Streitkräfte einsatzfähig zu halten. Stattdessen veranstaltet die Ministerin Seminare für Soldaten über sexuelle Vielfalt in der Truppe. Man kann sich solchen Irrsinn gar nicht ausdenken, Aber es ist die deutsche Realität.